Jahresausgabe 2018 Heft No.10

Outline

... News, Facts & Events aus MV

Kontinuitäten und neue exemplarische Entwicklungen rechter Bewegungen . . Seite 3
rechtesland.de: Deutschlandweiter Atlas über rechte Strukturen & Aktivitäten . . Seite 12
*Outline Spezial: Die Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ . . . . **Heftmitte***
Demokratieferne Räume . . . . . Seite 13
Literaturtipp: „Untergangster des Abendlandes: Ideologie & Rezeption der Identitären“ Seite 15

Vorwort zur zehnten Ausgabe

Es ist unglaublich aber wahr: wir haben mittlerweile die zehnte Ausgabe unserer Projektzeitung 'Outline' fertig! Die Outline No.10 ist die kompakte Jahresausgabe für 2018. Dafür ist sie auch doppelt so dick wie normale Ausgaben!
Dr. Daniel Trepsdorf hat uns seinen Artikel „Kontinuitäten und neue exemplarische Entwicklungen rechter Bewegungen im Nordosten“ zu Verfügung gestellt. Dr. Trepsdorf befasst sich in seinem Beitrag intensiv mit den Entwicklungen der rechten Szene in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2017.
In Auswertung zur Bundestagswahl 2017 hat die die Amedeu Antonio Stiftung die Studie „Demokratieferne Räume?“ veröffentlicht. Dr. Axel Holz erläutert in einem Beitrag die wesentliche Erkenntnisse, der aktuellen Studie.
Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz) hat die Homepage rechtesland.de online gestellt. Auf der Seite werden rechte Aktivitäten gesammelt. Genaues erfahrt ihr in unserem Beitrag.
Schlussendlich präsentieren wir euch das Buch „Die Untergängster des Abendlandes“. Das vorliegende Werk beleuchtet ausführlich die rechtsextreme „Identitäre Bewegung“, die auch in Mecklenburg-Vorpommern immer stärker wird.
In einem sechsseitigen Spezial beschäftigen wir uns mit der Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“. Wer ist AgR, was macht die Kampagne und wie könnt ihr euch ganz konkret an der Kampagne beteilen? Das und vieles mehr erfahrt ihr im Spezial in der Mitte des Heftes!
Wir hoffen mit den ausgewählten Themen euren Geschmack und euer Interesse getroffen zu haben. Wir wünschen, wie immer, eine gute Lektüre. Eure / Euer Janin Krude und Marko Neumann

Titelbild: *Das Motiv „Fck AfD“ gehört zu den bekanntesten Symbol im Kampf gegen die rechtspopulistische „Alternative Deutschland“ (AfD). Egal ob, T-Shirts, Plakate – oder wie hier Aufkleber: dieses Motiv ist aus vielen Städten und Orten Mecklenburg-Vorpommerns kaum noch wegzudenken.*

Bild Rückseite: *„Fuck Da Naziscum #krlmrx“ - Kreativer Protest für eine bunte Welt ohne Nazis und kapitalistischer Kackscheiße!*

Eigentumsvorbehalt: **Nach dem Eigentums-vorbehalt ist diese Broschüre solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur Habenahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.**

Impressum

Herausgegeben vom *Infoportal für antifaschistische Kultur und Politik aus Mecklenburg-Vorpommern (INO)*

V.i.S.d.P.: *Janin Krude*

Redaktion: *Marko Neumann und Janin Krude*

Kontakt: *infonordost[ätt]systemausfall.org*

Internet: *http://www.infonordost.de/*

Facebook: *facebook.com/portalnordost*

Hinweis: *Die abgedruckten Artikel und Beiträge müssen nicht zwangsläufig der Meinung der Redaktion entsprechen.*

---------- Keine Anzeige ----------

Roter Shop

www.roter-shop.de

T-Shirts, Kapuzis, Girlies, und vieles mehr ...

Druck- und Textilfarben sind frei wählbar!

außerdem: Buttons, Aufkleber, Tragetaschen, Aufnäher, Fahnen, Poster, ...

Kontinuitäten und neue exemplarische Entwicklungen rechter Bewegungen im Nordosten

Von Dr. Daniel Trepsdorf

2017 veränderten sich die Akteur_innen des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Mecklenburg-Vorpommern: Während der parteigebundene Rechtsextremismus an öffentlichem Einfluss verliert, aber weiterhin eine lebhafte subkulturell orientierte rechtsextreme Szene aktiv ist, kommen vermehrte Aktivitäten von Reichsbürger_innen, "Preppern", "Doomern" und "völkischen Esoteriker_innen" ins Blickfeld. Und auch rechte Burschenschaften spielen zunehmend eine Rolle.

Den nachfolgenden Einschätzungen zur Gesamtlage des organisierten Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern muss zugrunde gelegt werden, dass es sich hierbei um äußerst heterogene und regional spezifisch ausgeprägte Phänomenkreise handelt. Das Land an der Ostseeküste wurde und wird von sachkundigen, fachlichen Beobachter_innen und Berater_innen oft als „Experimentierfeld der extremen Rechten“ angesehen. Der Jahresrückblick auf die Entwicklungen zwischen Januar und Dezember 2017 bestätigt bedauerlicherweise diese Zeitdiagnose.

Im aktuellen Bericht des hiesigen Ministeriums für Inneres und Europa, Abt. Verfassungsschutz, über die Kennzahlen des Vorjahres (erschienen im Okt. 2017), wird festgestellt, dass die Aktivitäten der extremen Rechten weiterhin eine prägende Herausforderung für die demokratische Entwicklung zwischen Wismar und Anklam darstellen, und damit das größte Gefährdungspotenzial für die freiheitliche Grundordnung bezeichnen. Das LKA Mecklenburg-Vorpommern erfasste analog hierzu die PMK-Delikte („politisch motivierte Kriminalität“) im Phänomenbereich „Rechts“ mit 1050 Straftaten (Vorjahr: 1032). Hiervon wurden summa summarum 955 (Vorjahr: 952) als rechtsextremistisch kategorisiert, vor allem, weil sie als antisemitisch respektive xenophob eingestuft wurden. Die Kristallisationsspitze der strafrechtlich relevanten Vorkommen lag mit 589 Vorfällen (Vorjahr: 565) wiederholt bei Propagandadelikten

(u.a. Verdacht auf „Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen“ (§ 86 StGB)). Zudem fanden 79 (Vorjahr: 94) Gewalttaten mit rechtsextremer Motivation Einlass in die die Statistik, inklusive 53 (Vorjahr: 57) mit einer rassistischer Stoßrichtung.

Die aktuellen Zahlen für das laufende Jahr 2017 scheinen das weiterhin hohe Niveau der PMK-Delikte für den Nordosten der Republik zu bestätigen: allein bis zum Spätsommer 2017 verzeichnen wir über fünfhundert PMK- Schuldvergehen, die dem Spektrum „Rechts“ zugeordnet werden können. Seit den stark gestiegenen sozietären Herausforderungen vor dem Hintergrund von Flucht und Asyl hat sich seit 2014 damit die Zahl rechtsextremer Straftaten ergo fast auf das Doppelte erhöht: von 642 auf 1050 Taten. Die Zahl der Gewaltdelikte, die rechten Straftätern in M.-V. zuzuschreiben sind, war, wie weiter oben bereits angemerkt, mit 79 (2015: 94) leicht rückläufig, liegt aber nichtsdestotrotz quantitativ mehr als doppelt so hoch wie 2014. Nach vorläufigen Angaben des Opferverbandes LOBBI verharrt die Zahl rechtsextremer Gewalttaten in Mecklenburg-Vorpommern Darstellungszeitraum 2017 auf hohem Niveau. Zum Redaktionsschluss verzeichnete LOBBI annähernd 110 Angriffe (2016: 149). Das sind zwar weniger als im Vorjahr, allerdings ist davon auszugehen, dass es wiederum eine beträchtliche Dunkelziffer an rassistischer Gewalt gegen Menschen gibt, die ebendiese Übergriffe aus unterschiedlichsten Gründen nicht melden. Nach Angaben von LOBBI bleibt die Zahl der Gewalttaten nicht nur auf hohem Level, auch die Art und Weise der verzeichneten Angriffe verläuft weiterhin brutal.

Sowohl das rechtsextreme Demonstrationsaufkommen (primäres Thema bleibt „Asylflut stoppen“, „Volkstod verhindern“) als auch die Anzahl der Livekonzerte ist indes rückläufig. Auf der anderen Seite registrieren wir im Nordosten einen kontinuierlichen Zulauf und somit zunehmende Attraktivität für Szenesympathisant_innen, wenn es um das völkische Zelebrieren von „Maiabenden“, „Ostarafesten“/Pendant zu Ostern, „Julfesten“ beziehungsweise sofern es um klassische „Fackelmärsche“ und „ultranationales Gedenken“ in Anbetracht ehem. NS-Gedenktage geht (z.B. beim Tollense-Marsch in Neubrandenburg/Burg Stargard im Umfeld des „Horst-Wessel-Tages“ am 23. Februar; vor der Bühnenblende des Todestags von Rudolf Hess (17.8.)/Vorpommern oder bei völkischen Gedenkfeierlichkeiten im Kontext des Ablebens von Jürgen Rieger (29.10.)/u.a. „Artgemeinschaft“, Raum Güstrow; hier auch: der 9.11. als „Gedenktag für die Gefallenen der Bewegung“ (begleitet von internen Szenefestivitäten/Fackelzüge/Mahnwachen). Die Nachfolgeorganisationen und Sammelbecken der 1994 verbotenen Wiking-Jugend (u.a. „Sturmvogel – Deutscher Jugendbund“ oder die „Heimattreuen Deutschen Jugend” (HDJ), offizielles Verbot: 2009) haben sich mit ihren Schulungs- und Sommerlagen zur völkischen Indoktrination und zum militärischen Training der jungen Generation fest im angrenzenden skandinavischen Raum etabliert (z.B. „Sturmvogel“-Wehrsportcamp, Region Småland/Schweden).

Reichsbürger_innen in aller Munde?! Und was gibt es sonst noch? – Von »Preppern«, »Doomern« und »völkischen Esoteriker_innen«

Während die sogenannte „Reichsbürger“-Szene weiterhin Behörden, Polizei und Zivilgesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern und bundesweit herausfordert, lenkten in der Region Westmecklenburg AktivistInnen und Ereignisse einer bis dato vergleichsweise unbekannten Szene mit Überschneidungen ins rechtsextreme Milieu den Aufmerksamkeitsfokus einer breiten Öffentlichkeit auf sich.

Die Affäre um rassistische Umtriebe, erniedrigende Rituale, Terrorvorbereitungen („Die Akte Franco A.“/Illkirchen) und diverse Spielarten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bei der Bundeswehr (annähernd 400 rechtsextreme Verdachtsfälle), die auch den Führungsstab der Truppe um Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen in hellen Aktionismus versetzten, scheint ebenfalls die zivilen Partnerorganisationen der Streitkräfte zu erreichen. Denn als uniformierte Protagonisten des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) bei Ermittlungen zum terrorverdächtigen Oberleutnant Franco A. die Kontaktdaten aus dem Handy eines Reserveoffiziers auswerten, rücken Teile des Reservistenverbandes M.-V. in den Fokus der Ermittler.

Kurze Zeit später greifen die Einsatzkräfte des Spezialeinsatzkommandos (SEK) an mehreren Orten in M.-V. zu. Ergebnis der „Sommeraktion“: Axel M., der Rostocker Rechtsanwalt und Bürgerschaftsabgeordneten Jan Hendrik H. als auch der Grabower Kriminaloberkommissar Haik J. sowie dessen LKA-Kollege Marco G. (Banzkow, Zeuge der Ermittler) sollen sich als sogenannte rechte „Prepper“ respektive „Doomer“ auf die „Desintegration der staatlichen Ordnung“ vorbereitet respektive als Staatsbedienstete in ihrer Freizeit auf den „erwarteten Zusammenbruch Deutschlands“ hingearbeitet haben. Eine Vorbereitung, die das Anlegen von Waffendepots ebenso beinhaltete wie die Auflistung von Personen, die den eigenen Aktivitäten hätten zuwiderlaufen können. Der Inhalt der Namensliste bestand mutmaßlich aus Kontaktdaten und Adressen von Engagierten in der Demokratieförderung, in Menschenrechtsstärkung, aus Akteuren und Institutionen der sozialen Daseinsfürsorge und Rechtsextremismusprävention. Diesbezüglich brisant: Einige der „Nordkreuz“-Protagonisten kannten sich von gemeinsamen Aktivitäten und Übungen mit der Waffe auf den Schießplätzen, die auch von Mitgliedern des Reservistenverbandes Mecklenburg-Vorpommern genutzt wurden.

So man hingegen den Aussagen der sog. „Nordkreuz-Prepper“ glauben schenkt, handelt es sich dabei lediglich um eine „Liste von Unterstützern, an die sich besorgte Bürger nach Zusammenbruch der staatlichen Ordnung“, dem ‚Tag X‘ (Marco G.), hilfesuchend hätten wenden können. In ihrer ersten Pressemeldung zum SEK-Einsatz vom 28. August 2017 schrieb die Generalbundesanwaltschaft indes expressis verbis noch von einer „Todesliste“, die im Zusammenhang mit den Aktivitäten der „Nordkreuz“-Doomer in Mecklenburg-Vorpommern aufgetaucht sei. Auch gegenwärtig bleiben Inhalt und Ausrichtung der ominösen „Doomer“ aka „Prepper“-Liste unter Verschluss der bundesstaatlichen Sicherheitsbehörden. Keine der darauf namentlich und per Adresseintrag erwähnten Person wurde bisher offiziell darüber in Kenntnis gesetzt.

Der Kriminaloberkommissar Haik J., welcher mutmaßlich seinen Dienstcomputer missbraucht hat, um Auszüge aus dem Melderegister von politischen Gegnern auszuspionieren, wurde vom Dienst suspendiert. Die Ermittlungen dauern an. `Kritische Randnotiz: Die Sicherheitsbehörden im Schweriner Innenministerium wurden bei Recherche, Einsatzplanung und Realisierung der

SEK-Aktion wenig eingeweiht. Alle Ermittlungsakten und Erkenntnisse liegen beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe.

Die Verbandsspitze der organisierten Reservisten in M.-V. ist nach unseren Informationen indes an Aufklärung und tatsächlicher Klarstellung interessiert. Der Vorsitzende des Landesverbandes, Helge Stahn (Oberstleutnant der Reserve), setzt sich mit möglichen innerorganisationalen Fehlentwicklungen einzelner Akteure kritisch auseinander. Stoßrichtung ist die weitere Arbeit an einer modernen, liberalen und partizipativen Ausrichtung der Reservistenorganisation. Also für ebenjene Werte, die der ehemalige Präsident des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr und CDU-Bundestagsabgeordnete, Roderich Kiesewetter, seinerzeit nach eigenen Aussagen deutlich vermisst hat, als er 2016 sein Amt niederlegte. — Mitte Dezember 2017 wurden zwei weitere Personen vom Reservistenverband M.-V. nach Anhörung ausgeschlossen. Ihnen wird vorgeworfen, NS-Bilder und Hassbotschaften gegen Juden in sozialen Netzwerken gepostet zu haben. Gegen weitere Mitglieder laufen aktuell Anhörungsverfahren aufgrund von „extremistischen Tendenzen oder Auswüchsen, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten, und die nicht zu tolerieren sind“, so Oswin Veith, Präsident des Reservistenverbandes.

Rassist_innen, sogenannte Doomer, ultranationale Extremist_innen, Reichsbürger_innen, angstschürende Rechtspopulist_innen und Neonazis arbeiten indes schon seit geraumer Zeit mit Begriffen wie „Tag X“, „Zusammenbruch der Deutschland-AG“, „ethnische Überfremdung/Zersetzung“, „großer Austausch“ oder „Volkstod“. Eine zentrale ideologische Grundlage bilden hier die „Turner Tagebücher“ des amerikanischen Rassisten William Pierce

Turner (1978, American Nazi Party). Prägend für die Szene ist ebenfalls das völkische Selbstverständnis einer „nationalen Wehr- und Siedlungsgemeinschaft“, wie dies Steffen Hupka als militanter Protagonist der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS/NA) und ehem. Leiter des JN-Referats „Schulung“/Wehrsport weiland für die völkische Siedlerbewegung beschrieben hatte.

Ein weiterer ideologischer Vordenker des „arischen Bürgerkriegs“ ist der österreichische Muslimenhasser Walter K. Eichelburg. In den Schriften des Wiener Verschwörungstheoretikers trieft es geradezu vom Blut „der Araber“, Homosexueller und „linksgrünversiffter Demokraten“. Auch der rechte Flügel der AfD bediente sich in der Vergangenheit mutmaßlich aus Versatzstücken des Hassvokabulars Eichelburgs. Glaubt man diesem völkischen Doomer und hasserfüllten Gewaltprediger, dann sei unverzügliches Handeln gegen die „Asylantenfluten und […] Gutmenschen“ geboten. Die „Feinde des Volkes“ müsse man endlich unschädlich machen („Ihr da oben müsst weg“, 2016). Das Verfahren gegen ihn wegen Volksverhetzung (§130 StGB) stellte einen klaren Schuss vor den Bug des Verschwörungstheoretikers dar. Für Walter K. Eichelburg — seines Zeichens auch Betreiber der Web-Domain „Hartgeld.com“, einem digitalen Tummelplatz für Reichsbürger_innen, Prepper und völkische „Hater_innen aller Couleur“, — wurde die Luft dünner. Im Juni 2017 verurteilte ihn das Amtsgericht Winsen wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe in Höhe von 9.000 Euro.

Die Idee der „Wehrwolfkommandos“ (nach Vorbild der SS im besetzten Nachkriegsdeutschland), die via Terror und Guerilla-Taktik die staatliche Ordnung unterminieren und durch gezielte Angriffe ethnische Spannungen innerhalb einer demokratischen Gesellschaft zur Eskalation bringen sollten, beeinflusste nicht nur die geplanten Aktionen von Franco A., sondern auch die Gewalttaten von Timothy McVeigh („Oklahoma-Bomber“), Anders Breivik, des berüchtigten Antisemiten Gary „Gerhard“ Lauck, einzelne Sympathisanten der Sportskameraden um die 1980 verbotene „Wehrsportgruppe Hoffmann“ oder die weit verzweigte NSU-Mordtruppe mitsamt dem dazugehörigen, gewaltbereiten Unterstützerumfeld. Die dominierende Binnenlogik waffentragender Organisationen wie Korpsgeist, unerschütterliches Überlegenheits- und Elitebewusstsein, eingeschränkte Reflexionsfähigkeit („Filterbunker“), der Primärfokus auf Formen gewalttätiger Auseinandersetzung, straffe Hierarchien, eine unkritische Binnensolidarität („Command and Obedience“ / „Kadavergehorsam“), fehlende Empathie sowie die strikte Abgrenzung nach Außen und ein autoritäres Staatsverständnis wirken jedenfalls der Bildung solcher Gruppen potentiell zuträglich. Gleichzeitig bedeutet dies nicht, dass dies stets und zwangsläufig für Reservistenverbände als solche gilt. Nichtsdestoweniger gilt es, solcherlei potenziell fatale Zusammenhänge und Entwicklungen im Auge zu behalten, wenn es um die Weiterentwicklung und innerorganisationale Verbreitung demokratischer, menschenrechtsorientierter und zivilgesellschaftlicher Werte geht.

Hat die NPD die Deutungshoheit über den „bewegungsförmigen Rechtsextremismus“ verloren? – AfD, Identitäre Bewegung, rechte Burschenschaften

In der Tat verzeichnen wir dito für Mecklenburg-Vorpommern einen Rückzug des altvorderen parteigebundenen Rechtsextremismus. So ist der ehemals dominante Landesverband der NPD nach der Wahlniederlage 2016 nahezu unsichtbar und augenscheinlich in einer Phase der Neuorientierung und –findung. Es wäre indes verfehlt, am Beispiel der NPD generell von einem Strukturzerfall zu räsonieren. Zum einen bleiben die Rechtsextremisten in der Fläche sowohl auf kommunaler Ebene als auch in allen Kreistagen M.-V.‘s überaus präsent und speisen mit ihrer menschenverachtenden Ideologie gepaart mit rassistischer Rhetorik die regionalen parlamentarischen und öffentlichen Diskurse. Andererseits sind aber auch Ausprägungen des subkulturell organisierten Rechtsextremismus auf dem Vormarsch (siehe Karte: „Völkischer Rechtsextremismus in M.-V.“).

Eine Renaissance der NPD in der politischen Landschaft ist ergo noch lange nicht ausgeschlossen. Bemerkenswert für den aktuellen Berichtszeitraum war die Tatsache, dass es der NPD trotz Bundestagswahlkampf 2017 lediglich vereinzelt gelang, eine streitsüchtige Wahlkampagne durchzuführen. Dies sah noch zur jüngsten Landtagswahl zwischen Boizenburg/Elbe und Stralsund, im ruralen Raum zwischen Rostock, Neubrandenburg und Dömitz ganz anders aus. Wir erinnern uns: Aggressiv sowie unter Einsatz kämpferisch-militanter Stilmittel gegen Geflüchtete und politische EntscheidungsträgerInnen in Berlin und Schwerin wurde weiland brutal „durchagitiert“. Nichtsdestotrotz können NPD-Funktionäre und organisationale Parteistrukturen 2016/2017 vor allem Immobilien und Logistik zur Verfügung stellen, damit die Szene und ihre rechtspopulistischen Sympathisanten etwa Schulungsmaßnamen (z.B. im „Thinghaus“ in Grevesmühlen, im „Kulturraum“ Lübtheen, im „Nationalen Begegnungszentrum“ in Anklam) oder Konzerte (so in Salchow, Vorpommern-Greifswald) durchführen konnten.

Zudem beobachten wir auch hierzulande einen Respekt-, Toleranz- und Kulturverfall mit Blick auf steigende rechtsextreme und rassistischer Hasspropaganda im Netz. Als lediglich ein beispielhaftes Projekt in M.-V. sei hier — stellvertretend für eine Reihe sehr guter anderer — die neue Initiative „Helden statt Trolle“ (http://www.helden-statt-trolle.de) genannt. Letztere sensibilisiert in dem aufgezeigten Zusammenhang für „Hate Speech“ und klärt zu Themen im Umfeld von Hass und Hetze auf. Neben der Wissens- und Kompetenzstärkung will das Projekt jungen Menschen sowie MultiplikatorInnen in Bildungseinrichtungen Handlungsalternativen gegen „Hate Speech“ aufzeigen.

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) als Herausforderung

Als mitunter größte Herausforderung im Bundesland ist jedoch weiterhin der Erfolg der AfD in Mecklenburg-Vorpommern, ihre Verfestigung in staatlichen Strukturen (wie dem weisungsgebenden Stiftungsrat der Landeszentrale für politische Bildung) und ihre gleichzeitige Brückenfunktion ins neu-rechte bis rechtsextreme Spektrum anzusehen. Fakt ist: Nicht nur die deutsche Alt-Right-Bewegung plant die „konservative Revolution“ (Götz Kubitschek, Martin Lichtmesz, Ellen Kositza), sondern auch die AfD und die eng mit ihr verbundene Identitäre Bewegung (IB). (Ehemalige) Mitglieder der Identitären Bewegung engagieren sich mittlerweile z.B. in der Jugendorganisation der AfD, „Junge Alternative“, oder arbeiten in den Büros von AfD-Landtagsfraktionären. Der AfD-Abgeordnete Ralph Weber machte sich erst kürzlich in Schwerin dafür stark, dass die AfD die vom *[Artikel weiterlesen nach dem 'Spezial' auf Seite 9]*

Die Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ zeigt, wie wir der AfD etwas entgegensetzen können

Die Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ ist ein bundesweit agierendes Netzwerk, an dem sich Gewerkschaften, Verbände und Vereine, Parteien und Parteijugenden, aber auch antirassistische Initiativen und Antifajugend-Gruppen beteiligen. Auf den folgenden Seite stellt sich die Kampagne vor und lädt zum Mitmachen ein.

Das zweistelligen Ergebnis der AfD war ein Schock. Mit 12,6 % sind nun 94 Nazis und Rassist*innen Bundestagsabgeordnete. Damit konnte die AfD an an die Wahlergebnisse bei vielen Landtagswahlen anschließen. Wir erleben einen Rechtsruck – nicht nur in den neuen Bundesländern, sondern in ganz Deutschland. In vielen Städten gingen Menschen in den letzten Wochen und Monaten auf die Straße, um gegen die AfD, Pegida und Co. zu protestieren. Vor über einem Jahr, unter dem Eindruck mehrerer Landtagswahlen, haben wir deshalb eine bundesweite Initiative gegen Rassismus gestartet. Eine Kampagne, die mehr Menschen dazu ermutigt und befähigt gegen rassistische Hetze von AfD und Co. aufzustehen und klar zu sagen, dass unsere Alternative Solidarität heißt. In der Schule, an der Uni, auf der Arbeit, auf dem Fußballplatz, beim Konzert – überall! Eine Kampagne bei der wir aus dem ständigen Reagieren heraus kommen und aktiv für ein buntes und solidarisches Deutschland auf die Straße gehen. Eine Kampagne, die auf die Aktivität von Vielen setzt und bei der jede und jeder vor Ort einen Beitrag leisten kann. Wir müssen die Mehrheit derjenigen sichtbar machen, die sich gegen Rassismus und Faschismus stellen und sagen: Nie wieder!

Aufruf: Aufstehen gegen Rassismus

Fast täglich greifen Rassisten und Rassistinnen Flüchtlingsheime an, islamfeindliche Übergriffe nehmen zu. Erschreckend viele Menschen nehmen an fremdenfeindlichen und rassistischen Demonstrationen teil. Pegida hetzt gegen Geflüchtete und Muslime und Musliminnen. Währenddessen wird die „Alternative für Deutschland“ (AfD) zunehmend zum Sammelbecken für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. An vielen Orten ist die AfD Zentrum der extremen Rechten geworden. Abgeordnete der AfD verbreiten Nazi-Parolen und hetzen gegen Andersdenkende. Die AfD ist zu einer ernsthaften Gefahr geworden, für all jene, die nicht in ihr rechtes Weltbild passen.

Deine Stimme gegen rechte Hetze

Wir wollen dem ein Ende machen. Wir greifen ein, wenn Rassistinnen und Rassisten Menschen in unserer Mitte attackieren. Menschenverachtender Stimmungsmache gegen Geflüchtete, Musliminnen und Muslime, Roma und Romnija, Sinti und Sintiza, Jüdinnen und Juden treten wir entgegen.
Wir wehren uns gegen Mordanschläge und Pogrome gegen Geflüchtete. Mit Aufforderungen wie zum Schusswaffengebrauch gegen Geflüchtete an der Grenze wird die AfD zum Stichwortgeber für solche Übergriffe.
Wir sind viele. Wir heißen Geflüchtete willkommen. Wir stehen auf gegen den Rassismus von Pegida, AfD, NPD & Co. Wir erheben unsere Stimmen, um in die gesellschaftlichen Debatten einzugreifen, gegen rechten Populismus.
Wir wenden uns gegen Obergrenzen und Grenzschließungen, die Wasser auf den Mühlen der Rassistinnen und Rassisten wären. Wir stehen für eine offene und gerechte Gesellschaft. Wir lassen nicht zu, dass Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen Solidarität, Zusammenhalt und ein besseres Leben für alle!

Unsere Alternative ist Solidarität

Wir werden weiterhin Flüchtlinge mit offenen Armen empfangen. Asyl ist Menschenrecht.
Wir wollen verhindern, dass Rassistinnen und Rassisten Raum für ihre Hetze bekommen.
Wir werden uns stark machen für gleiche politische und soziale Rechte für alle Menschen.
Wir werden uns der AfD überall entgegenstellen, ob auf der Straße oder in den Parlamenten.
Überall wo die Rassistinnen und Rassisten von AfD und Co. demonstrieren, sprechen oder auf Stimmenfang gehen, werden wir präsent sein und klar und deutlich sagen: Wir stehen auf gegen Rassismus! Keine Stimme für rechte Hetze!

Dem Verbreiten von Hass setzen wir eine bundesweite antirassistische Aufklärungskampagne entgegen: im Stadtteil, in der Schule, an der Uni, im Betrieb, im Theater, im Konzertsaal – überall! Wir setzen auf die Aktivität von Vielen. Gemeinsam werden wir klarstellen: Rassismus ist keine Alternative!

Drei Gründe gegen die 'Alternative für Deutschland' zu sein

Die Alternative für Deutschland ist der parteiförmige Ausdruck eines beständigen und breiten rechten Potentials in Deutschland. Sie verbindet rechte Spektren vom bürgerlich-konservativen Milieu bis zur extremen Rechten und ist eine Gefahr im Parlament, in den sozialen Netzwerken und auf der Straße. Mit der Etablierung in den Parlamenten steigt auch die Gefahr, dass sich die AfD als zentraler rechter Akteur etabliert.

1. Hetze gegen Flüchtlinge

Die Alternative für Deutschland hetzt derzeit vor allem gegen Geflüchtete. Gezielt stellt sie dabei Zuwanderung und Flucht als gesteuerte und von Regierung, Opposition und Medien geförderte Bedrohung für Menschen, Land und Kultur dar. Sie verbreitet nationalistische, völkische Hetze und organisiert soziale Unzufriedenheit rassistisch. Dabei versucht sie die Interessen von Erwerbs- oder Obdachlosen und Rentner*innen gegen die Interessen von Geflüchteten auszuspielen und schürt so Hass, der sich schließlich auf der Straße oder in Anschlägen entlädt. Wir denken, die wirkliche Bedrohung geht von den Rassist*innen aus und der Hetze, die sie verbreiten, aus. Wir treten ein gegen Nationalismus und für gemeinsame solidarische Organisierung.

2. Gegen Demokratie und Teilhabe

Die AfD gibt vor, für Teilhabe & Demokratie zu kämpfen, weil sie für Volksentscheide ist. Tatsächlich will die AfD genau die Elemente der Demokratie schwächen oder abschaffen, die für die Interessenvertretung von Opposition und Minderheiten wichtig sind. Sie will dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, Landeszentralen für politische Bildung, genauso wie Stiftungen oder Projekten gegen Diskriminierung und Nazis die Mittel entziehen. AfD-Mitbegründer Konrad Adam dachte schon vor einigen Jahren zudem darüber nach, »Zuwendungsempfängern« – also Rentner*innen, Beamt*innen und Arbeitslosen – das Wahlrecht überhaupt abzuerkennen. Die AfD fordert die Abschaffung der Erbschaftssteuer, weil diese leistungshemmend sei. Sie will ein Steuerrecht, das vor allem Reiche entlastet, weil sie genauso besteuert werden sollen, wie Mittelverdiener*innen. Wir treten ein für echte Demokratie und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen, unabhängig von Einkommen, Geschlecht oder Herkunft.

3. Sexistisches Familienbild

Die AfD behauptet, dass sie sich für Familien einsetzt. Gemeint sind damit Vater-Mutter-Kind-Familien und darin vor allem die Männer. Damit schließt sie einen riesigen Teil der Gesellschaft aus. Die AfD will Frauen das Recht verweigern, über ihre Körper selbst bestimmen zu dürfen, sie will Schwulen, Lesben und allen die nicht heterosexuelle Männer oder Frauen sind, wesentliche Rechte vorenthalten und bestreitet deren Diskriminierung. Sie setzt sich dafür ein, dass Gleichstellungsbeauftragte abgeschafft werden und Kinder in der Schule mit rechter Sexualmoral indoktriniert werden.

Unsere Alternative: Solidarität!

Wir wollen eine Welt, in der alle ohne Angst verschieden sein können, in der Kindern ohne Furcht oder Hass aufwachsen und in der alle die gleichen Rechte haben und die gesellschaftliche Unterstützung erfahren, die sie brauchen.

Aktionsanleitungen gegen die AfD

Die AfD ist eine rassistische, frauenfeindliche und undemokratische Partei. Mit ihr ziehen Rassist*innen und Neonazis in die deutschen Parlamente ein. Wir sind Viele, die nicht zulassen wollen, dass sich die AfD im Parteienspektrum etabliert und Vorurteile und rassistisch motivierte Gewalt weiter ansteigen. Dafür steht Aufstehen gegen Rassismus – ein bundesweites Bündnis, das Proteste organisiert, wenn Gauland, Weidel und Co. öffentlich auftreten, sich in Wahlkämpfe einmischt und über die AfD aufklärt.

Wir wissen, wie viel Überwindung es kostet, den ersten Schritt zu machen und sich gegen die AfD zu engagieren. Als Hilfestellung, Inspiration und Motivation haben wir unsere Erfahrungen zusammen getragen. Herausgekommen ist eine Sammlung von Aktionsideen und Argumenten, die auf fast jede Situation vor Ort angepasst werden können. Gleichzeitig wollen wir damit einen Anstoß zum kollektiven Erfahrungsaustausch geben.

Diese Aktionsleitfäden soll stetig weiterentwickelt und ergänzt werden. Ihr könnt diese Leitfäden im Internet unter aufstehen-gegen-rassismus.de herunterladen. Schreibt uns Eure Aktionsideen, die sich zur Nachahmung eignen – aber auch negative Erfahrungen, die ihr anderen Aktivist*innen gern ersparen wollt an: *info[ät]aufstehen-gegen-rassismus.de*.

Die Initiative „Stammtischkämpfer*innen“

Wir alle kennen das: In der Diskussion mit dem Arbeitskolleg*innen, dem Gespräch mit der Tante oder beim Grillen mit dem Sportverein fallen Sprüche, die uns die Sprache verschlagen. Später ärgern wir uns, denken, da hätten wir gerne den Mund aufgemacht, widersprochen, die rechten Parolen nicht einfach so stehen lassen.

Hier wollen wir ansetzen und Menschen in die Lage versetzen, die Schrecksekunde zu überwinden, Position zu beziehen und deutlich zu machen: Das nehmen wir nicht länger hin! Dabei ist klar: Der Stammtisch ist überall: An der Kasse des Bio-Supermarktes, auf dem Spielplatz, in der Bahn oder in der Uni-Lerngruppe. Aber: Wir sind auch überall und wir können durch Widerspruch, deutliches Positionieren und engagierte Diskussionen ein Zeichen setzen, die Stimmung in unserem Umfeld beeinflussen und unentschlossenen Menschen ein Beispiel geben. Dazu wollen wir uns in Trainings mit Strategien beschäftigen, die uns ermöglichen, den Parolen der AfD und ihrer Anhänger Paroli zu bieten, wir wollen gängige rechte Positionen untersuchen und wir wollen gemeinsam üben, das Wort zu ergreifen um für solidarische Alternativen zu streiten.

Was genau passiert während eines Stammtischkämpfer*innen-Seminars?

Ein komplettes Stammtischkämpfer*innen-Seminar dauert 6 Stunden (Pausen nicht mit eingerechnet). Für diejenigen, die sich erst mal einen Eindruck verschaffen wollen oder nicht so viel Zeit haben, bieten wir eine 90-minütige Einführung an.
Ein 6-stündiges Seminar besteht aus vier Modulen. Die Übungen und Module dienen dazu den Teilnehmer*innen Argumente mit auf den Weg zu geben, aber auch unterschiedlichste Hemm-

schwellen abzubauen und sie zu ermutigen in Zukunft öfter einzuschreiten. Zum Einstieg wollen wir uns darüber austauschen, in welchen Situationen wir schon mit rechten oder rassistischen Parolen konfrontiert wurden, wie wir reagiert haben oder aus welchen Gründen wir nicht eingeschritten sind. Wir wollen mit den Teilnehmer*innen in einen Erfahrungsaustausch kommen, um so auch von den Erfahrungen der anderen lernen zu können.
Anschließend wollen wir uns mit gängigen rechten und rassistischen Parolen auseinandersetzen und gemeinsam überlegen, wie wir auf diese reagieren können. Dabei wollen wir uns auch damit beschäftigen, wie die Situation in der wir uns befinden Einfluss auf unsere Handlungsmöglichkeiten hat. Also mit der Frage, wie ich bspw. in der Straßenbahn auf einen rassistischen Kommentar reagiere und wie am Abendbrottisch mit der Familie.
Nach dem theoretischen Teil wollen wir etwas praktischer werden. Mit einer kleinen Übung wollen wir zunächst lernen die Schrecksekunde zu überwinden und schlagfertiger zu werden. Abhängig von der Gruppengröße und den Wünschen der Teilnehmer*innen und Organisator*innen wollen wir zum Schluss entweder eine kleine Rollenspielübung machen oder eine andere Form der Gruppenarbeit. Ziel dieser letzten Übung ist es jeweils an einem konkreten Beispiel einmal zu überlegen und zu üben, wie wir als Außenstehende eingreifen können, wenn wir mitbekommen, dass Menschen diskriminiert werden oder rechte Hetze verbreitet wird. Dabei sammeln wir Handlungsmöglichkeiten, wie wir Betroffene unterstützen und wie wir andere Menschen motivieren können mit uns aufzustehen und einzuschreiten.
Bundesweit werden regelmäßig Schulungen angeboten. Ob bei dir in der Nähe eine Stammtischkämpfer*innen-Ausbildung stattfindet, kannst du im #Aufstehen-Netzwerk unter aufstehen-gegen-rassismus.de oder bei unseren Terminen einsehen. Wenn du dir im #Aufstehen-Netzwerk einen Account anlegst, wirst du über neue Angebote und Veranstaltungen in deiner Umgebung informiert. Sollte es bei dir in der Nähe kein Seminar geben, kannst du auch selbst eins organisieren.
In etwas über einem Jahr haben wir es geschafft 6545 Leute bundesweit in unseren Seminaren zu Stammtischkämpfer*innen auszubilden. Damit wir unsere Arbeit auch in den kommenden Monaten weiterführen können, sind wir darauf angewiesen, dass du in deinem Ort, Stadtteil oder Organisation ein Seminar organisierst. Wir unterstützen dich dabei, indem wir dir Teamer*innen für ein Seminar vermitteln. Wie das genau funktioniert und welche Infos wir dazu von dir brauchen, erfährst du ebenfalls unter aufstehen-gegen-rassismus.de
Wir bieten regelmäßig Schulungen an, um Teamer*innen fortzubilden. Hast du Lust aktiv gegen rechte Hetze zu werden? Hast du schon ein bisschen Erfahrung im Bildungsbereich? Macht es dir Spaß dein Wissen weiterzugeben und andere Leute zu motivieren ebenfalls aktiv zu werden und den Mund aufzumachen gegen rechte Parolen? Dann mach mit und werde Teamer*in. Wie das geht erfährst du auch unter aufstehen-gegen-rassismus.de.

Bildbeschreibungen:

Foto 1: Demonstration gegen den Bundesparteitag der AfD 2017 in Hannover. Die Kampagne Aufstehen gegen Rassismus war maßgeblich an den Vorbereitungen und der Durchführung beteiligt (Foto via Aufstehen gegen Rassismus).

Foto 2: Die letzten Vorbereitungen vor der Aktivenkonferenz von Aufstehen gegen Rassismus an der Ruhr-Uni Bochum im März 2017 (Foto via Aufstehen gegen Rassismus).

Foto 3: Infostand anlässlich der Proteste gegen den AfD-Bundesparteitag im Dezember 2017 in Hannover (Foto via Aufstehen gegen Rassismus).

Foto 4: Demonstration gegen die rechtspopulistische AfD in Köln im April 2017 (Foto via Aufstehen gegen Rassismus).

[Beginn des Artikels vor dem 'Spezial' auf Seite 8] Verfassungsschutz beobachtete „Identitäre Bewegung“ als Verbündete akzeptieren solle. Unisono scheint es im rechten Flügel der AfD in M.-V. darum zu gehen, offensiv auf „Mitkämpfer“ und eventuelle Bundesgenossen zuzugehen, um sich den postulierten nationalen Aufbruch durch links-progressive „Feinde unseres Vaterlandes“ (R. Weber) nicht vermiesen zu lassen. Nur so könne man den befürchteten „großem Austausch der deutschen Bevölkerung“ wider den „Asyl-Irrsinn der EU“ verhindern. Dem stimmt freilich auch der zweite AfD-Landesvorsitzende, der Unternehmer Dennis Augustin, zu, welcher an der Europäischen Union kaum ein gutes Haar lässt — es sein denn, es gibt EU-Fördermittel für den Ausbau der eigenen herrschaftlichen „Villa Gustava“ im westmecklenburgischen Ludwigslust zu ergattern.
Parallel ist der AfD-Landesverband im Nordosten allerdings, wie auch in anderen Bundesländern, primär mit organisationaler Selbstzerlegung beschäftigt. Nach dem Gewaltfantasien- und Pädophilie-Skandal ihrer Gallionsfigur Holger Arppe (gewaltverherrlichende Chatprotokolle machten im Sommer 2017 auszugsweise die Runde: „das rot-grüne Geschmeiß auf den Schafott schicken“; „Gegner an die Wand zu stellen […] eine Grube ausheben und Löschkalk obendrauf“) erodiert die Partei weiter. Christel Weißig (Rostock), Mathias Manthei (Anklam), Bernhard Wildt (Rügen) und Ralf Borsche (Stralsund) wollen künftig als neue Fraktion im Schweriner Landtag agieren, ihr Name: Bürger für Mecklenburg-Vorpommern.

Ein weiteres, öffentlich zumeist unterbelichtetes Vernetzungs-, Themen- und Aktionsfeld hiesigen AfD stellt die aktive rechte Burschenschaftler-Szene im Nordosten der Republik dar. In diesem Milieu der Mensur-, Gewalt- und Narbenfetischisten verwischen auf den Paukböden an der Küste die Grenzen zwischen ultrakonservativen Deutschlanderweckern und völkischen Rechtsextremen. Die AfD-Männer Enrico Komning (Burschenschaft „Rugia“, die ebenso wie

„Markomannia Aachen Greifswald“ innerhalb der rechtsnationalen „Deutschen Burschenschaft“ als Dachverband organisiert ist), Nikolaus Kramer (Unterstützer der Pennalen Burschenschaft Ernst Moritz Arndt Greifswald) oder der AfD-Jurist Sascha Jung („Danubia“, München) erwärmen sich anscheinend in hohem Maße für das reaktionäre Weltbild sowie den Konsequenten Ausschluss von Frauen und „nicht Bio-Deutschen“ — Sachverhalte, die in der Szene allenthalben lautstark goutiert werden.

Im Dunstkreis der völkischen Verbindung „Redaria-Allemannia Rostock“ gab sich 2017 die Hautevolee von Rechtspopulist_innen, Rassist_innen und Rechtsextremen Mecklenburg-Vorpommerns die Klinge — pardon —, die Klinke in die Hand, lauschten politischen Vorträgen und tauschten sich zu gesellschaftlichen Strategien der Rechten aus. Zur illustren Runde stießen in der Folge noch ganz selbstverständlich der Ex-NPD-Landtagsabgeordnete Tino Müller als auch Führungskader Enrico Hamisch dazu. Man kennt sich, man schätzt sich gegenseitig. Und gemeinsam mit den Identitären trifft man sich eben auch bei diversen Veranstaltungen und Kundgebungen. So wie Ralph Weber (der Greifswalder Professor, der in der Vorlesung auch die bei Rechtsextremen beliebte Marke „Thor Steinar“ trug, bis die Hochschule das untersagte), der auf AfD-Demos gemeinsam mit Daniel Fiß, dem IB-Landesvorsitzenden Hannes Krünägel, Daniel Sebbin oder der „starken IB-Frau“ Eike Liefke (mittlerweile „Junge Alternative“) in Erscheinung trat.

Bei der Burschenschaft „Redaria-Allemannia Rostock“ handelt es sich im Übrigen um dieselbe Verbindung, die 2013 beim Burschentag den sogenannten „Arier-Antrag“ vorlegte, wonach alle Mitgliederorganisationen des Dachverbandes „Deutsche Burschenschaft“ vor Aufnahme „neuer Füchse“ ebenjene in die Kategorien „deutsch“, „abendländisch-europäisch“ und „nicht-abendländisch-europäisch“ einsortieren sollten. Die vorgestrigen Rassentheoretiker Arthur de Gobineau, Houston Stewart Chamberlain oder die NS-Vordenker vom Schlage Alfred Rosenbergs und Hans F. K. Günthers hätten zweifellos ihre Freude an dieser Entwicklung gehabt. Überhaupt hat der politische Kompass der Burschenschaften, der stets zwischen den Polen „Ehre, Freiheit, Treue, Vaterland“ pendelte, auch im Nordosten der Republik eine klare völkische-nationale Schlagseite erhalten.

Fazit

Wir sind auch hier im Nordosten noch weit von der im Grundsatz selbstverständlichen, einer gewalt- und störungsfreien Etablierung demokratischer Kultur- und Alltagspraxis entfernt. Dies gilt nicht lediglich für die hier stark verankerten, rechtsextremen Aktivitäten und offen gewaltaffinen Unterminierungsversuche gegen die freiheitlich-rechtsstaatliche Grundordnung. Es gilt ebenfalls für Fragen der kritischen Auseinandersetzung mit Demokratie, transparenter Kommunikationspraxis, Machtteilhabe und Bürgernähe im Lebensalltag der Menschen. Herausforderungen, die im Zusammenhang mit den letztgenannten Punkten bestehen, wurden von vielen Protagonisten etablierter Verfügungsorgane in Politik und Verwaltung arg vernachlässigt (Stichwort: „Entwicklung von tragfähigen ökonomischen, kulturellen und sozialen Perspektiven für die Menschen im ländlichen Raum“).

Das gemeinschaftliche Zukunftsprojekt eines „Democracy Mainstreamings“ (J. Schmidt), welches im Rahmen aller öffentlichen Diskurse und politischen Entscheidungen fair abwägt, inwiefern die letztendlich getroffenen Anordnungen die notwendige Beteiligungs-, Verantwortungs- und Mitbestimmungskultur oder auch die regionalen Wahrnehmungsaspekte der Bürger_innen ausreichend berücksichtigen, steckt auch an der Ostsee noch in den Kinderschuhen. Übergehen wir indes dieses „Democracy Mainstreaming“ bei öffentlichen

Entscheidungen (z.B. im Kontext der geplanten Schließung u./o. Verlegung öffentlicher Infrastruktur im ländlichen Raum), so bedeutet dies zumeist Wasser auf die Mühlen von Extremist_innen und Demokratieverächter_innen aller Couleur. Zurück bleiben in ruralen als auch kleinstädtisch geprägten Gebieten nicht selten Enttäuschungen, Frustration, hapernde Identitätsentwicklung, Armutserleben, Ausgrenzung und schlussendlich ein Fehlen von Selbstwirksamkeit sowie mangelnde Optionen zu echter Verantwortungsübernahme im demokratischen Diskurs, der um das faire Miteinander mit Blick auf eine zukunftsorientierte Daseinsfürsorge für alle Bürger_innen ringt.

Dr. Daniel Trepsdorf ist Leiter des RAA-Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg.

Bildbeschreibungen:

Foto Seite 3: Rechtsextremer Aufkleber „I love NS“ am Güstrower Bahnhof zeigt verdeutlicht die ideologischen Wurzeln der rechtsextremen Szene im sogenannten Nationalsozialismus, dem deutschen Faschismus.

Foto Seite 4: NPD-Plakat während der vergangenen Landtagswahlen in M-V. Mit islamophoben Sprüchen wie „Keine Homo-Ehe!“ versucht die Partei Stimmung gegen queere Menschen und andere Minderheiten zu machen.

Foto Seite 6: Mit Straßenaktionen, wie dem Streuen von Schnipseln mit kurzen Botschaften wie hier in Waren (Müritz) versuchen Nazigruppen immer wieder Aufmerksamkeit zu erlangen.

Foto Seite 7: Öffentlichkeitswirksamer Protest gegen den Wahlkampf der rechtspopulistischen „Alternative für Deutschland“ (AfD). Solche und andere kreativen Widerstandsformen begleiteten die AfD an vielen Orten in Mecklenburg-Vorpommern.

Foto Seite 9: Bereits kurz nach der Eröffnung des AfD-Bürgerbüros in Schwerin in der Friedrichstraße 14 wurde deutlich, dass die AfD in der Landeshauptstadt nur bedingt willkommen ist. Das Büro wurde mehrmals Ziel von Angriffen.

rechtesland.de: Deutschlandweiter Atlas über rechte Strukturen und Aktivitäten

Das neue Internetprojekt des Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz) ist online gegangen: rechtesland.de ist ein Atlas über rechte Strukturen und Aktivitäten in Deutschland. Kartiert darin sind Orte von Neonazis und anderer extrem Rechter, ihrer Verbände, ihrer Morde, ihrer Überfälle und Aufmärsche. Darüber hinaus werden auch Information und Gruppen, die sich gegen Rechts engagieren, verzeichnet. Und nicht zuletzt geht es darum, Orte des Erinnerns an die Nazivergangenheit zu zeigen.

Wie funktioniert „Rechtes Land"?

Auf dem Atlas wird das Wissen über Rechte, das an vielen Stellen im Internet vorhanden ist, gebündelt und auf einer gemeinsamen Karte visualisiert. Das Wissen wird weitgehend automatisiert den Orten zugeordnet, um die es geht. Klickt man auf einen Marker auf der Karte, gibt es nähere Infos und Details und man kommt auf die Quelle der Meldung – auf die Webseite oder das Blog derjenigen, die sich auskennen und darüber berichten.

Wer steckt dahinter?

Rechtes Land wird betrieben vom *apabiz – dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.* seit vielen Jahren Recherchiert apabiz zur extremen Rechten, sammelt Material und informiert über Neonazis und andere Rechte. Zusammen mit befreundeten Initiativen von Journalist_innen wird dieser Online-Atlas aufgebaut und betreut. Hilfe gibt es dabei von den Menschen von *Lokaler*, die die Software zur Verfügung gestellt hat und der Initiative bei der Arbeit unterstützt.

Mein Ort fehlt – dabei sind hier auch Nazis aktiv

Das Wissen über Nazis ist regional sehr unterschiedlich. In einigen Regionen gibt es Initiativen, Antifa-Gruppen und Bündnisse, die einen Blick darauf haben, was vor der Haustür passiert und darüber berichten. In anderen Regionen gibt es das nicht. Das gleiche gilt auch für Monitoring-Stellen und Opferberatungen, die es hauptsächlich in Ostdeutschland gibt. Nur weil ein Ort auf der Karte fehlt, heißt es noch lange nicht, dass es dort keine rechten Aktivitäten gibt. Nimm doch mit der Initiative Kontakt auf unter info[ät]rechtesland.de, wenn „deine" Nazitruppe noch nicht vermerkt ist. Da es nicht die Kapazität gibt, viele tausend Orte einzeln einzutragen – denn es gibt leider viele tausend Nazi-Orte –, gibt es Daten-Sammlungen.

Crowdfunding

Den Start der ersten Version von Rechtes Land konnte über eine Crowdfunding-Kampagne finanziert werden, das war Anfang 2013. Der Start der zweiten Version wurde vom *Anne-Frank-Fonds* unterstützt. Der Dank allen Unterstützer_innen, die diese Arbeit ermöglichen!

Demokratieferne Räume

Von Dr. Axel Holz

Zur Bundestagswahl 2017 hat die die Amedeu Antonio Stiftung eine Wahlkreisanalyse zum Abschneiden der AfD in Auftrag gegeben. Dazu ist nun die Studie „Demokratieferne Räume?“ erschienen.

Eine Kernaussage der Studie ist die These, dass die NPD der AfD den Weg geebnet habe. Die AfD profitiere in Ost und West besonders in wirtschaftlich abdriftenden Regionen von einer lokalen politischen Kultur, in der sich Demokratieverdrossenheit und Rechtsextremismus normalisieren konnten. Das bestätigt die statistische Mehrebenen-Analyse des Bundestagsergebnisses unter Einbeziehung von lokalen Kontextdaten auf Wahlkreisebene. Die Studie sieht in dieser politischen Kultur die maßgeblichen Gründe für den Mobilisierungserfolg der AfD, weniger im immer wieder unterstellten diffusen Protest gegen negative Entwicklungen vor Ort. Der hohe Ost-West-Unterschied im Wahlverhalten gegenüber der AfD wird in relevanten Teilen durch sozioökonomische und kulturelle Unterschiede erklärt. Demnach stehen Strukturschwäche, Demokratieentfremdung und eine höhere Bereitschaft zur Wahl rechtsextremer Parteien in engem Zusammenhang. Darüber hinaus zeigen sich aber auch AfD-Mobilisierungserfolge in Regionen mit mittleren und höheren Einkommen.

Nötig seien daher eine Stärkung der lokalen demokratischen Kultur, neue demokratische Beteiligungsformate und eine langfristige Absicherung der Demokratieförderung. Die AfD-Wahlergebnisse stehen aber auch im Zusammenhang von politischer Kultur und wirtschaftlicher Lage. Deshalb sei die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse nach wie vor ein wirksamer Faktor gegen die Anfälligkeit für rechtspopulistische Avancen. Insbesondere der völkische Höcke-

Flügel begäbe sich zunehmend auf einen sozialpopulistischen Kurs. Hierbei versuche sich die AfD in der Rolle der Kümmerer und Antwortgeber für sozial Unzufriedene und politisch Suchende.
Bei der soziodemografischen und sozioökonomischen Analyse hat sich die Studie auf Merkmale wie Bruttoinlandprodukt, Arbeitslosigkeit, Einkommenshöhe, Bevölkerungsverteilung, Alter, Bildung und Konfession gestützt. Der Aspekt der sozioökonomischen Deprivation wird in den Wahlkreisen mit hohen NPD-Wähleranteilen und hohen Nichtwähleranteilen manifest. Gleichzeitig zeigt sich eine erfolgreiche AfD-Mobilisierung in ökonomisch besser gestellten Wahlkreisen und damit eine insgesamt heterogene sozioökonomische Wählerstruktur der AfD. Die Studie geht nicht von einem Aufstand der „Abgehängten“ aus, sondern sieht eine tief gehende politisch-kulturelle Konfliktlinie zwischen nationalistischen, autoritären und chauvinistischen Einstellungen einerseits und einer offenen, liberalen und multikulturellen Gesellschaft andererseits. Die AfD-Wahlergebnisse bestätigten die Studien der Ebert-Stiftung der vergangenen Jahrzehnte zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in einem langfristig stabilen Teil der Bevölkerung.

In der Studie werden verschiedene Erklärungs-Thesen zur rechten Anfälligkeit besprochen, wie eine Abwehrreaktion gegenüber dem liberalen Zeitgeist in Form kultureller Gegenbewegung, die Modernisierungsverliererthese und die Kontakthypothese, die fehlende interkulturelle Erfahrung mit erhöhter Ausländerfeindlichkeit in Verbindung bringt.

Fest steht, dass die AfD eine überdurchschnittliches rechtsextremes Wählerpotential und zahlreiche Nichtwähler mobilisieren konnte. Auch weisen Regionen mit langjährigen hohen NPD-Wahlergebnissen auch hohe AfD-Wahlergebnisses aus. Auch wenn die NPD in keinem Landtag mehr vertreten ist, beeinflusst sie das kulturell-politisch Klima mit Hilfe von 360 lokalen NPD-Mandatsträgern mit. Die Studie bestätigt teilweise die Modernisierungsthese, wonach mit steigender Arbeitslosigkeit, niedriger wirtschaftlicher Leistungsbilanz und geringen Einkommen das durchschnittliche Wahlergebnis der AfD ansteigt. Diese Aussage wird aber durch erhöhte Zustimmungsraten zur AfD im ökonomisch gut entwickelten südlichen und westdeutschen Raum eingeschränkt. Auch soziodemografische Faktoren, wie geringe Bevölkerungsdichte, höherer Altersdurchschnitt und eine geringer Anteil an Personen mit Migrationshintergrund werden durch erhöhte AfD-Ergebnisse begleitet. Schließlich unterstützen hohe Nichtwähleranteile und erhöhte NPD-Wähleranteile auch die AfD-Affinität der lokalen Wähler.

In der Bewertung der Ergebnisse kommen die Wissenschaftler zur Überzeugung, dass die sichtbare Zunahme rechter Mobilisierung ein Problem langfristiger und kontinuierlicher Entwicklung in der europäischen Nachkriegsgeschichte sei, das sich nicht allein und nicht primär aus der Flüchtlingsdiskussion erklären lasse. Dahinter stehe ein insgesamt stabiles und hohes Potential menschenfeindlicher Einstellungen.

*Dr. Axel Holz ist Bundesvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist*innen e.V. (VVN-BdA).*

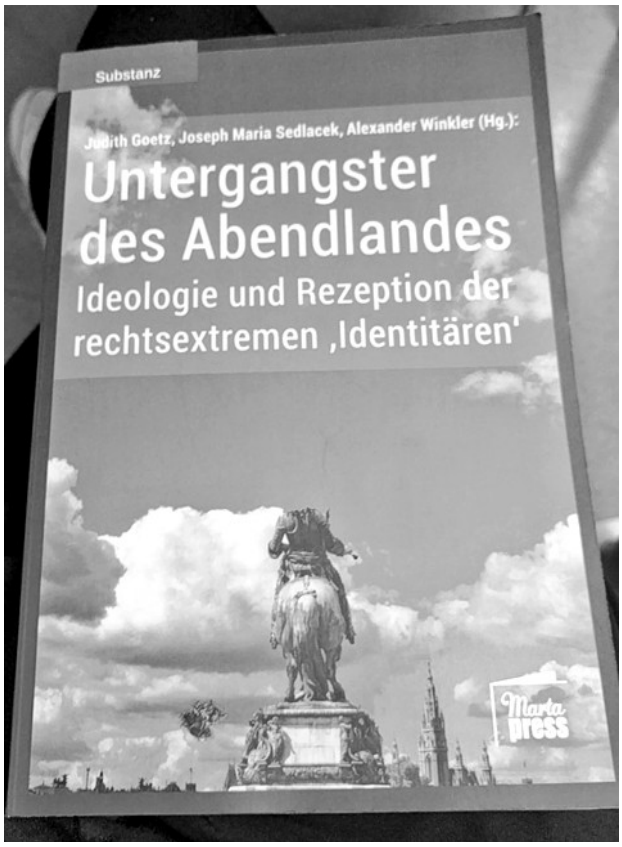
Bildbeschreibungen:

Foto Seite 13: Großfläche des Vereins „Recht und Freiheit“. Der Verein unterstützte die rechtspopulistische „Alternative für Deutschland“ (AfD) in den vergangenen Wahlkämpfen massiv u.a. durch Werbezeitungen und eben solche Großflächenplakate.

Literaturtipp: „Untergangster des Abendlandes: Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären'"

Die rechtsextremen ‚Identitären' gehören ohne Zweifel zu den wichtigsten Akteur*innen des außerparlamentarischen Rechtsextremismus in Österreich. Ihr „Erfolgsrezept" liegt einerseits darin begründet, sich nach außen hin vom Nationalsozialismus abzugrenzen und so behördlicher Repression nach dem „Verbotsgesetz" aus dem Weg zu gehen und andererseits gesellschaftlich anschlussfähige Konzepte eines modernisierten völkischen Nationalismus zu propagieren. Dabei bedienen sie sich eines Straßenaktivismus, der geschickt mit Social-Media-Tools inszeniert und verbreitet wird.

Bisherige Auseinandersetzungen mit diesem relativ jungen Phänomen übernahmen nicht selten unkritisch Selbstbezeichnungen der ‚Identitären' als „weder links noch rechts" oder „Neue Rechte" und ließen dahinter stehende ideologische Denkmuster meist zu kurz kommen.



Der vorliegende Sammelband nimmt daher eine kritische Analyse dieser Selbstinszenierungen vor, indem die hinter dem ‚identitären' Denken stehenden Vordenker und Ideologeme wie (Neo-)Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus analytisch durchdrungen und mit anderen Formen des Rechtsextremismus in Verbindung gesetzt werden. Ergänzend werden bislang vernachlässigte Themen wie subkulturelle Bezüge der ‚Identitären', propagierte Geschlechterbilder, Rhetoriken der Angst sowie ihr Verhältnis zu Islamismus und eurasischer Ideologie ins Zentrum der Analyse gerückt. Dabei wird auch der Frage nachgegangen, wie sich der rechtsextreme Charakter der ‚Identitären' begründen lässt und inwiefern von einer modernisierten Form des Rechtsextremismus gesprochen werden kann.

Untergangster des Abendlandes: Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären' von Judith Goetz (Hrsg.), Joseph Maria Sedlacek (Hrsg.) & Alexander Winkler (Hrsg.)
Taschenbuch: 436 Seiten
Verlag: Marta Press UG (haftungsbeschränkt); Auflage: 1 (1. November 2017)
Sprache: Deutsch
ISBN-10: 3944442687
ISBN-13: 978-3944442686

Bildbeschreibungen:

Foto oben: Das neue Buch „Untergängster des Abendlandes" beleuchtet fundiert und ausführlich das Phänomen der „Identitären". Das Buch ist seit November 2017 im Handel erhältlich.

---------- Keine Anzeigen ----------

ALLES FÜR DIE ANTIFA!

VVN-BdA online shop

Buttons, Pins, Aufkleber, Bücher Broschüren, Transparente, Kataloge und Fahnen

Aufkleber...
Hier: „Hier verschwand ein Nazi-Aufkleber", DIN A 7, 100 Stück zu 3,50 €

Bücher...
Hier: Thomas Willms: „Auschwitz als Steinbruch", 12,90 €

Plakate...
Hier: „Keine Kriminalisierung von Geflüchteten", DIN A 2, 10 Stück zu 2,50 €

Broschüren...
Hier: „Deutschland auf dem Weg nach rechts?", „70 Jahre VVN", je 2 €

Bestellbedingungen
Die Versandpauschale beträgt 3,90 €. Der Mindestbestellwert beträgt 10 €. Die genannten Preise behalten ihre Gültigkeit bis zu drei Monate nach dem Erscheinen dieser Anzeige. Der Versand erfolgt auf Rechnung oder per paypal.

Wie bestellt man?
Einfach online: www.shop.vvn-bda.de. Bestellungen sind auch telefonisch und per Fax möglich: Telefon 030 55 57 90 83-2, Fax 030 55 57 90 83-9, oder kommt vorbei: VVN-BdA, Magdalenenstraße 19, 10365 Berlin

Abbildungen nicht maßstabsgerecht!

Flyer...
Hier: „Abschiebungen von Roma stoppen", „Bundeswehreinsätze nun auch im Inneren", Großpostkarte „Schwur von Buchenwald", kostenfrei

Aktionsmittel...
Fahne VVN-BdA, 146 cm x 96 cm, 24,90 €

www.shop.vvn-bda.de

2018: WIR WOLLEN WEITER MACHEN UND AUFSTEHEN GEGEN RASSISMUS!

DAFÜR BRAUCHEN WIR DEINE SPENDE:

WWW.AUFSTEHEN-GEGEN-RASSISMUS.DE/SPENDEN

Nazipropaganda? Wir haben was dagegen!

Von Marko Neumann

Wer kennt das nicht? Nazis und andere Dumpfbacken plakatieren dein Viertel oder deinen Ort mit Aufklebern und Plakaten zu oder verteilen ständig Propaganda in die Briefkästen deiner Nachbar*innen. Mit der Zeit wird das bloße Abreißen des Nazimülls langweilig und ihr wollt der (blau-)braunen Scheiße etwas entgegensetzen.

Wir haben regelmäßig neue Plakate und Aufklebermotive auf Lager und oft auch Flyer oder Postkarten, die sich prima zum Stecken in die Briefkästen in eurer Umgebung eignen. Meldet euch einfach bei uns und bestellt euch Aufkleber, Flyer, Plakate und legt los! Ihr wollt euch und euren Freund*innenkreis politisch bilden? Wir haben eine Anzahl von Readern und Infoheften zu aktuellen politischen Themen vorrätig, die ihr auch bei uns bestellen könnt! AB und zu lohnt es sich auch nach Button und anderen Kleinigkeiten zu fragen.

Schaut auf unserer Homepage im Materialbereich (*www.infonordost.de/material/*) rein und schaut nach, was ihr gebrauchen könnt. Die Sachen könnt ihr gegen eine kleine Spende dann bei uns per Mail bestellen. Unsere Kontaktadresse lautet infonordost [ädtt] systemausfall [punkt] org. Stay rude. Stay rebell. Stay antifa.